

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
 unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 28

vom 18. September 2009
 Redaktion: Katja Richardt

Bund und Europa

Ostsee-Parlamentarier geben dem Baltic Sea Labour Network (BSLN) ihre Unterstützung.....	3
861. Sitzung des Bundesrates.....	5

Wahlen

Ausländerwahlrecht zu Bezirksversammlungen verstößt nicht gegen Verfassung.....	7
Bundestagswahl 2009: Briefwahlbeteiligung in Hamburg erfreulich hoch	9

Inneres

Innensenator Christoph Ahlhaus: Gegen solche Gewalttäter hilft nur Stärke und Entschlossenheit!	10
---	----

Justiz

Justizsenator Dr. Steffen: Nach der Wahl in Schleswig-Holstein gemeinsame Gespräche über Autonomie der Justiz aufnehmen	12
Keine Videoüberwachung ohne Rechtsgrundlage!	13
Justizsenator Dr. Steffen kündigt Vorschlag für Rechtsgrundlage zu Videokameras in Dienstgebäuden an	15

Schule, Jugend und Berufsbildung

Asbestverdacht: Untersuchungen laufen	16
Kein Asbest in Luft und Staub Aktuelle Messungen in Hallen der Peter-Petersen-Schule	18
Jedem Kind ein Instrument.....	19

Soziales, Familie und Gesundheit

4. Hamburger Integrationspreis – Jetzt bewerben!	21
Startschuss für 15 weitere Eltern-Kind-Zentren	23

Umwelt und Energie

KlimaWasserWerke – Kunstpositionen im Fluss.....	26
HAMBURG ENERGIE geht ans Netz	28
Landschaft mit Bio-Siegel.....	30

Autofreier Sonntag trifft Zukunft der E-Mobilität	31
Autofreier Sonntag in Hamburg in bester Gesellschaft	33
Fischotter wird Titelheld einer Detektivgeschichte	35

Zur Information

Hamburger Bürgerbefragung 2009	37
Terminkalender	39

8. September 2009/bwf08

Ostsee-Parlamentarier geben dem Baltic Sea Labour Network (BSLN) ihre Unterstützung

Modell für nachhaltige Arbeitsmarktentwicklungen gewürdigt

Das länderübergreifende Projekt „Baltic Sea Labour Network“ (BSLN) wurde Ende 2008 ins Leben gerufen, um innerhalb des Ostseeraums nachhaltigere Arbeitsmärkte zu schaffen und der Wirtschaftskrise zu trotzen. Auf der 18. Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), die vom 31. August bis 1. September 2009 in Nyborg, Dänemark stattgefunden hat, war auch das Baltic Sea Labour Network vertreten. Von den Ostsee-Parlamentariern hat das Netzwerk jetzt starke politische Unterstützung erhalten.

Seit 2007 richtete die BSPC Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und Soziale Wohlfahrt“ ihre Aufmerksamkeit auf den grenzübergreifenden Arbeitsmarkt und die Jugendarbeitslosigkeit in der Ostsee-Region. Basierend auf den Empfehlungen der Arbeitsgruppe ruft die Konferenz-Resolution dazu auf, den Arbeitsmarkt und die Soziale Wohlfahrt zur vorrangigen Aufgabe auf der Agenda des Ostseerates zu machen. Die Arbeit und die Ergebnisse des Baltic Sea Labour Networks (BSLN) sollen dabei besonders berücksichtigt werden.

Franz Thönnies, Abgeordneter im Deutschen Bundestag und Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und Soziale Wohlfahrt“ zur Rolle der Regierungen und des BSLN aus der Sicht eines Parlamentarier: „Ich nehme an dem Baltic Sea Labour Network als Mitglied des Steering Committees teil, um die Arbeitsmärkte in der Ostsee-Region weiter zu entwickeln. Nachhaltige Arbeitsmärkte zu erreichen ist nur möglich, wenn Politiker und Regierungen politische Empfehlungen in ihren Ländern auch umsetzen. Deshalb haben wir Parlamentarier in dieser Konferenz den Regierungen des Ostseerates ein starkes Signal gegeben, arbeitsmarktpolitischen Belangen Priorität zu verleihen. Es ist wichtig zur Kenntnis zu nehmen, dass in dieser Hinsicht das BSLN den Politikern und Regierungen die Möglichkeit gibt, mit den Sozialpartnern zu kooperieren und das Wissen der Arbeitsmarktexperten zu nutzen.“

Laut **Mika Häkkinen**, BSLN Kommunikationsmanager und Gewerkschaftsvertreter, ist die Erstellung der BSPC Arbeitsmarkt-Empfehlungen „ein gutes Beispiel für politische

Institutionen bezüglich des Dialogs mit den Sozialpartnern. Gute politische Entscheidungen basieren immer auf korrekten Daten. So hat BSPC Vertreter sowohl von Gewerkschaften (Baltic Sea Trade Union Network, BASTUN) als auch von Arbeitgebervertretungen (Business Europe) in die Arbeit mit eingebunden, um ein umfassendes Bild von der aktuellen Situation auf den Ostsee-Arbeitsmärkten zu bekommen.“

Katariina Röbbelen-Voigt, BSLN Projektleiterin in Hamburg: „Ich freue mich darüber, dass die Parlamentarier der Ostsee-Region sich über den Bedarf von überregionalen Arbeitsmarkt-Politiken bewusst sind und dass sie in den Diskussionen das BSLN als ein Werkzeug für intensive Kooperation mit Sozialpartnern und weiteren Akteuren zur Kenntnis nehmen. Die Konferenz-Empfehlungen können als Ausgangspunkt für zukünftige politische Diskussionen genutzt werden, um Lösungen zu den Herausforderungen zu finden, denen die Ostsee-Arbeitsmärkte gegenüber stehen. Diese Konferenz hat gezeigt, dass der BSPC ein wichtiger und aktiver Partner für das BSLN ist und dass das Netzwerk an Stärke gewonnen hat.“

Das BSLN bindet 27 Partner aus 10 verschiedenen Ländern ein. In jedem Land sind Koordinatoren für die Umsetzung der nationalen Aktivitäten zum Erreichen der gemeinsamen Projektziele verantwortlich. Das BSLN wird durch das INTERREG IVB Baltic Sea Region Programme 2007-2013 finanziert, das zum Ziel hat, diese Region zu einem attraktiven Ort für Investitionen, Arbeit und Leben zu machen.

Kontakt:

BSLN Projektleitung Hamburg, Katariina Röbbelen-Voigt,
Tel.: +49 40 2858-637, E-Mail: k.roebbelen-voigt@kooperationsstelle-hh.de
<http://www.bslabour.net>

Pressestelle des Senats

17.9.2009/iv17

An der 861. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 18. September 2009, nehmen Senator Dr. Michael Freytag und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann teil.

Die Tagesordnung umfasst 52 Punkte.

Hamburg begrüßt Verabschiedung der Begleitgesetze zum Lissabonvertrag

Hamburg unterstützt die Verabschiedung der vier Begleitgesetze zum Lissabonvertrag. Die Gesetze regeln die Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat in Angelegenheiten der Europäischen Union neu und stärken ihren Einfluss auf das Stimmverhalten der Bundesregierung. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 mussten diese Regelungen nachgebessert werden, bevor Deutschland die Ratifikationsurkunde hinterlegen darf, da die beiden Verfassungsorgane nicht ausreichend an Entscheidungen, durch die Kompetenzen Deutschlands auf die EU übertragen werden, beteiligt wurden.

Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, bei der Europäischen Union und für Auswärtige Angelegenheiten Staatsrat Carsten Lüdemann: „Diese neuen Regelungen erhöhen auch die Akzeptanz der Europäischen Union in der Bevölkerung. Sie stellen sicher, dass Entscheidungen in europäischen Angelegenheiten nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von den Ländern und den gewählten Volksvertretern getroffen werden.“

Hamburg setzt sich für Kennzeichnung von Lebensmittelimitaten ein

Hamburg unterstützt eine EntschlieÙung, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, sich bei der Europäischen Union dafür einzusetzen, transparentere und strengere Regelungen bei der Kennzeichnung von Lebensmittelimitaten kurzfristig einzuführen. Vorgänge in der letzten Zeit, z. B. die Verwendung von Imitat-Käse auf Fertiggerichten, haben gezeigt, dass der bisherige Schutz der Verbraucher vor Irreführung und Täuschung nicht ausreicht. In den Zutatenlisten verpackter Ware sind solche Imitatprodukte zwar gekennzeichnet, können aber von den Verbrauchern wegen verschleiender Angaben oftmals nicht erkannt werden. Bei loser Ware findet eine Information der Verbraucher bisher überhaupt nicht statt. Mit dem Länderantrag soll diese Regelungslücke geschlossen werden.

Hamburg unterstützt Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile

Der Bundesrat ebnet, mit Unterstützung Hamburgs, den Weg zur pauschalen Aufhebung von Urteilen, die während des Zweiten Weltkrieges gegen sog. „Kriegsverbrecher“ ergangen sind. Wegen „Kriegsverrat“ wurden im Zweiten Weltkrieg vor allem einfache Soldaten der Wehrmacht zum Tode verurteilt. Als Gründe wurden damals unter anderem politischer Widerstand, Hilfe für verfolgte Juden, kritische Äußerungen über den Krieg oder auch Schwarzmarktgeschäfte angegeben. Der unbestimmte Tatbestand des „Kriegsverrats“ diente der NS-Justiz als Instrument, um nahezu jedes politisch missliebige Verhalten als Verrat zu brandmarken und mit dem Tode zu bestrafen.

Bundesrat entscheidet über Haftungsbegrenzung für Vereinsvorstände

In Deutschland setzen sich rund 550.000 Bürgerinnen und Bürger in eingetragenen Vereinen für das Gemeinwesen ein. Das im Bundesrat zur Abstimmung stehende Gesetz begrenzt die Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereins- und Stiftungsvorständen. Wer in einem Verein unentgeltlich tätig ist oder für seine Tätigkeit ein geringfügiges Honorar von maximal 500 Euro im Jahr erhält, soll künftig für seine Vorstandstätigkeit nur noch bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit haften.

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer,

Koordinierung Bundesrat,

Presse

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-109 <http://www.hamburg.de/landesvertretung/>

Hamburgisches Verwaltungsgericht

Pressestelle

Ausländerwahlrecht zu Bezirksversammlungen verstößt nicht gegen Verfassung

7. September 2009/ger07

Das Hamburgische Verfassungsgericht hat heute eine Beschwerde gegen die Gültigkeit der Wahl zur Bezirksversammlung Altona vom 24. Februar 2008 (Aktenzeichen HVerfG 03/08) zurückgewiesen.

§ 4 Abs. 2 des Gesetzes über die Wahl zu den Bezirksversammlungen gewährt das aktive Wahlrecht auch solchen Angehörigen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die nicht deutsche Staatsangehörige sind (Unionsbürger). Dieses hält der Beschwerdeführer, der zum Zeitpunkt der Wahl im Bezirk Hamburg-Altona wohnte und wahlberechtigt war, für verfassungswidrig. Er legte deshalb gegen die Wahl Einspruch ein, den die Bürgerschaft im Juli 2008 zurückwies. Dagegen richtet sich seine Beschwerde zum Hamburgischen Verfassungsgericht. Der Beschwerdeführer macht geltend, nach Hamburgischer Verfassung und Grundgesetz gehe alle Staatsgewalt vom Volke aus, das nur deutsche Staatsangehörige umfasse.

In seiner mündlichen Urteilsbegründung führte Verfassungsgerichtspräsident Gerd Harder aus, die Wahlbeschwerde sei zwar zulässig, jedoch unbegründet.

Artikel 3 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg (HV) bestimme ebenso wie Artikel 20 Abs. 2 Grundgesetz (GG), dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe. Hierzu gehöre nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Gesamtheit der im Wahlgebiet ansässigen Deutschen. Jedoch sei der Volksbegriff der Hamburgischen Verfassung im Lichte des Artikels 28 Abs. 1 GG zu interpretieren, der die Homogenität der verfassungsmäßigen Ordnung in Bund und Ländern vorgebe. Artikel 28 Abs. 1 Satz 3 GG bestimme, dass bei Wahlen „in Kreisen und Gemeinden“ auch Unionsbürger „nach Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft“ wahlberechtigt seien. Zwar handele es sich bei den Bezirken um Verwaltungseinheiten der unmittelbaren Staatsverwaltung Hamburgs und

somit nicht um „Kreise und Gemeinden“ im deutschen staatsrechtlichen Sinn, doch verweise Artikel 28 Abs. 1 Satz 3 GG ausdrücklich auf die „Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft“. Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der Fassung des Vertrages von Amsterdam eröffne Unionsbürgern das kommunale Wahlrecht in ihren jeweiligen Wohnsitzstaaten. Kommunalwahlen würden in Artikel 2 Abs. 1 der Richtlinie 94/80/EG definiert als Wahlen zu Vertretungen einer „lokalen Gebietskörperschaft der Grundstufe“, zu denen der Anhang der Richtlinie ausdrücklich die Bezirke der Freien und Hansestadt Hamburg zähle.

Der 1992 in das Grundgesetz eingefügte Art. 28 Abs. 1 Satz 3 GG verstoße auch nicht gegen die sog. Ewigkeitsgarantie aus Artikel 79 Abs. 3 GG, mit der bestimmte Verfassungsgrundsätze wie die vom Volke ausgehende Staatsgewalt späteren Änderungen entzogen sind. Artikel 23 Abs. 1 GG fordere nämlich die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Fortentwicklung der Europäischen Union.

Eine Vorlage an das Bundesverfassungsgericht nach Artikel 100 Abs. 3 GG sei entgegen der Auffassung des Beschwerdeführers nicht veranlasst, denn das Hamburgische Verfassungsgericht weiche bei der Auslegung der Artikel 20 und 28 GG nicht von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ab. Schon in seinem Urteil vom 20. September 2005 (Aktenzeichen HVerfG 10/04) hatte das Hamburgische Verfassungsgericht ausgeführt, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Oktober 1990, mit dem ein 1989 eingeführtes Ausländerwahlrecht zu den Hamburger Bezirksversammlungen wegen Unvereinbarkeit mit Artikel 20 Abs. 2, 28 Abs. 1 Satz 1 GG für nichtig erklärt worden war, aufgrund der späteren Grundgesetzänderung nicht entgegenstehe.

Die Entscheidung des Hamburgischen Verfassungsgerichts erging einstimmig.

Rückfragen:

Dr. Conrad Müller-Horn

Tel.: 040/42843-2017/Fax: 040:42843-4183

eMail: Pressestelle@olg.justiz.hamburg.de

16. September 2009 /bfi16

Bundestagswahl 2009: Briefwahlbeteiligung in Hamburg erfreulich hoch

Bislang mehr als 230.000 Briefwahlunterlagen ausgegeben – damit ist Hamburg bundesweit unter den ersten drei Städten

12 Tage vor der Wahl sind in Hamburg 232.573 Briefwahlunterlagen ausgegeben worden, das sind rd. 45.000 mehr als zu diesem Zeitpunkt bei der Bundestagswahl 2005. Bis gestern, 15. September 2009, haben sich 18,5 Prozent der Wahlberechtigten Briefwahlunterlagen geben lassen (2005: 15,2). Hamburg steht im Städte-Ranking damit auf Platz 3: Spitzenreiter ist München mit 21,6 Prozent (2005: 16,4 %), gefolgt von Würzburg mit 20,7 Prozent (2005: 17,2).

Landeswahlleiter Willi Reiß: „Ich hoffe, dass auch in den noch verbleibenden Tagen das Briefwählen kräftig in Anspruch genommen wird. Die Unterlagen können ja sogar einfach per E-Mail bestellt werden. Die E-Mail-Adresse steht auf den Wahlbenachrichtigungen, Angabe von Anschrift und Geburtsdatum genügt. Auch eine Begründung ist nicht mehr erforderlich. Wer kurzfristig auf Reisen gehen möchte, kann zudem die örtlich zuständige Briefwahldienststelle mit Wahlbenachrichtigung und Ausweis aufsuchen und dort gleich wählen. Das ist bis Freitag, 25. September, 18:00 Uhr, möglich. Danach kann die Reise unbeschwert losgehen.“

Zur Bundestagswahl 2005 hatten sich insgesamt 20,0 Prozent der Hamburger Wahlberechtigten Briefwahlunterlagen zusenden lassen, zur Bundestagswahl 2002 sogar 21,4 Prozent. Das war der bisherige Spitzenwert aller Bundestagswahlen in Hamburg.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Marco Haase und Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2673 und -2678

Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de

sowie

Asmus Rösler, Landeswahlamt, Tel. 0 40 – 42839-1732

Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

13. September 2009 / bfi13

Innensenator Christoph Ahlhaus: Gegen solche Gewalttäter hilft nur Stärke und Entschlossenheit!

Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus sieht nach den gewaltsamen Ausschreitungen an diesem Wochenende überhaupt keine Alternative zur starken und entschlossenen Präsenz der Polizei. Der Einsatz mit mehr als 2000 Beamten war absolut notwendig und angemessen. Der Senator verurteilt die schweren Ausschreitungen am Rande der NPD-Kundgebung am Freitag und nach dem so genannten Schanzenfest in der vergangenen Nacht, durch die leider nach derzeitigem Stand mindestens 40 Polizeibeamte verletzt wurden. Der Senator wünscht den verletzten Beamten, dass sie schnell wieder gesund werden.

Innensenator Christoph Ahlhaus: Dieses Wochenende mit zahlreichen schwierigen Einsätzen für unsere Polizei hat erneut mehr als deutlich bewiesen: Das Konzept der Stärke und der entschlossenen Präsenz ist erneut aufgegangen. Es gibt dazu keine vernünftige Alternative, wenn wir die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt und unseren demokratischen Rechtsstaat wirkungsvoll schützen wollen. Das entschiedene und kompromisslose Handeln der Polizei am Freitag und am Sonnabend war richtig, absolut notwendig und erfolgreich. Am Freitag konnte das Aufeinandertreffen von Rechts- und Linksextremisten verhindert werden. Und in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag konnte die Polizei rechtsfreie Räume im Hamburger Schanzenviertel verhindern, indem sie durch den starken Kräfteinsatz auf Gewalt und schwere Straftaten umgehend und zielgerichtet reagiert hat. Unser Rechtsstaat kann es nicht zulassen, dass Krawallmacher Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten und unbeteiligte Personen schleudern und dadurch Menschenleben gefährden. Ich danke allen Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften aus Hamburg, den anderen Bundesländern und dem Bund für ihre sehr gute Arbeit für die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt. Und ich hoffe, dass die verletzten Beamten schnell wieder gesund werden.

Die hohe Gewaltbereitschaft linksextremistischer und anderer Straftäter und der Verlauf dieses Wochenendes haben klar und deutlich gezeigt: Wir müssen diesen Gewalttätern auch

künftig mit starken und präsenten Polizeikräften entgegen treten – alles andere wäre gegenüber den Menschen in Hamburg nicht zu verantworten. Das erfolgreiche Handeln unserer Polizei sowohl am Freitag, als auch am Sonnabend und Sonntag ist der beste Beweis, dass unsere Taktik richtig war. Die Ereignisse dieses Wochenendes beweisen wiederum, dass es Gewalttäter gibt, denen es von vornherein nur um Krawall, Zerstörung und Gewalt geht und die an einem friedlichen Verlauf überhaupt nicht interessiert sind – egal, ob es sich um eine demokratische oder eine extremistische Versammlung oder um einen bezirklich nicht genehmigten Flohmarkt handelt. Und im Übrigen ist es unerträglich, dass es immer wieder Menschen gibt, die solchen Gewaltstraftaten als Zaungäste applaudieren.“

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Marco Haase, Tel. 040 – 42839-2673 und Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678

Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

8. September 2009/jb08

Justizsenator Dr. Steffen: Nach der Wahl in Schleswig-Holstein gemeinsame Gespräche über Autonomie der Justiz aufnehmen

Justizsenator Dr. Till Steffen hat angekündigt, nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein das Gespräch über ein gemeinsames Modell für eine Autonomie der Justiz für beide Bundesländer zu suchen. Das erklärte Dr. Steffen heute auf der öffentlichen Abendveranstaltung seines niedersächsischen Amtskollegen Bernd Busemann „Justiz-Kontrovers“ in Hannover. Damit reagiert Dr. Steffen auf die positive Haltung der schleswig-holsteinischen Parteien zum begonnenen Prozess einer Autonomie der Justiz.

Justizsenator Dr. Till Steffen: „Hamburg und Schleswig-Holstein arbeiten schon heute in vielen Bereichen erfolgreich zusammen. Mich hat die positive Haltung der Schleswig-Holsteinischen Parteien im Landtagswahlkampf gefreut, die auf eine stärkere Unabhängigkeit der Justiz setzen. SPD und Grüne befürworten die auch von den Richterverbänden gewünschte Selbstverwaltung der Justiz ausdrücklich. Auch die CDU in Schleswig-Holstein ist gegenüber der Übertragung weiterer Verwaltungsaufgaben auf die Justiz aufgeschlossen. Sie fordert aber in ihrem Wahlprogramm eine Verantwortlichkeit des Landtags für die Belange der Justiz. Damit greift sie ein Element auf, das ich in meinem Modell für eine Autonomie der Justiz ebenfalls betont habe. Unabhängig vom Ausgang der Wahl werde ich meinen künftigen Amtskollegen in Schleswig-Holstein nach der Regierungsbildung einladen, um Gespräche über einen gemeinsamen Rahmen für die Autonomie der Justiz in Schleswig-Holstein und Hamburg aufzunehmen.“

Einzelheiten zum Autonomiekonzept der Justizbehörde Hamburg sind abrufbar unter:

<http://www.hamburg.de/themen-und-aktuelles/1390350/autonomie-der-justiz.html>

Für Rückfragen:

Thorsten Fürter

Pressesprecher und Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Justizbehörde

Telefon: 040-42843-3143 Mobil: 0172-4327953 Email: thorsten.fuerter@justiz.hamburg.de

16.9.2009/Datenschb.16

Datenschutzbeauftragter

Keine Videoüberwachung ohne Rechtsgrundlage!

Videoüberwachung durch Hamburger Behörden in vielen Fällen unzulässig

Die Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE, Bürgerschaftsdrucks. 19/3945) dokumentiert, dass staatliche Stellen in beträchtlichem Ausmaß Videokameras betreiben und dabei den öffentlichen Raum überwachen. „Dies geschieht zu einem großen Teil ohne Rechtsgrundlage“, so der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit. Danach werden von öffentlichen Stellen an Dienstgebäuden 90, von staatlichen Hochschulen 73 und von staatlichen Museen sowie öffentlich-rechtlichen Stiftungen 41 Videokameras betrieben. Nicht darin enthalten sind die Kameras der Ämter und Dienststellen der Behörde für Inneres, die zur Gebäude- und Eigensicherung der Beamten dienen, so dass die Zahl der Videoeinrichtungen tatsächlich noch höher liegt.

Betroffen von diesem hoheitlichen Eingriff sind alle Bürger, die sich im Aufnahmebereich der Kameras aufhalten. Die Videoüberwachung stellt einen verdachtslosen Eingriff mit großer Streubreite dar, der häufig in keiner Beziehung zu einem konkreten Fehlverhalten der betroffenen Personen steht. Das aufgezeichnete Bildmaterial kann zudem in vielfältiger Weise ausgewertet, bearbeitet und mit anderen Informationen verknüpft werden. Im Extremfall können die Informationen zu einem Bewegungs- und Verhaltensprofil des Einzelnen verdichtet werden. Ferner erzeugt das Betreiben von Videokameras ein Klima der Fremdbestimmung und stärkt den Druck auf den Einzelnen, sich in einer bestimmten Weise sozial angepasst zu verhalten. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verwirklicht die Videoüberwachung Unbeteiligter aus diesen Gründen einen schweren Eingriff in das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung. Das Gericht verlangt daher für derartige Maßnahmen eine hinreichend bestimmte und normenklare Rechtsgrundlage (1 BvR 2368/06).

Die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes für Videoüberwachung sind auf öffentliche Stellen in Hamburg nicht anwendbar. Bislang finden sich Regelungen zur Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume durch Hamburger Behörden lediglich im Gesetz zur Datenverarbeitung der Polizei. Dieses erlaubt der Polizei Bildaufzeichnungen zur Gefahrenabwehr bei öffentlichen Veranstaltungen und an sogenannten Kriminalitätsschwerpunkten. Die Videoüberwachung innerhalb behördlich genutzter Räume ist auf die polizeiliche Überwachung in Gewahrsam genommener Personen sowie auf Bereiche in Strafvollzugsanstalten beschränkt. Daneben darf die Polizei Videoüberwachung zur Verkehrsbeobachtung und Verkehrslenkung sowie unter besonderen Voraussetzungen auch zur Strafverfolgung nach der Strafprozessordnung einsetzen. Darüber hinaus

fehlen aber im Hamburgischen Recht Ermächtigungen für öffentliche Stellen, Videokameras im öffentlichen Raum zu betreiben.

Vor diesem Hintergrund stellt der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Prof. Dr. Johannes Caspar, fest: „Die gegenwärtige Praxis der Videoüberwachung durch öffentliche Stellen der FHH ist zu einem erheblichen Teil mit dem verfassungsrechtlichen Gesetzesvorbehalt für Eingriffe in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger nicht vereinbar. In vielen Fällen ist zwar nachvollziehbar, dass Behörden und sonstige öffentliche Stellen eine Überwachung für erforderlich halten. Dennoch darf sie nicht ohne klare gesetzliche Vorgaben erfolgen. Es besteht daher Handlungsbedarf: Um einen rechtskonformen Zustand herzustellen, sind die von öffentlichen Stellen ohne hinreichende gesetzliche Ermächtigung betriebenen Kameras, soweit sie auf den öffentlichen Raum gerichtet sind, abzubauen – hierzu gehören auch Behördenräume, die im Rahmen des Besucherverkehrs von Bürgern genutzt werden. Für den Fall, dass die Kameras weiter betrieben werden sollen, ist eine gesetzliche Rechtsgrundlage für deren künftigen Einsatz zu schaffen, die das grundrechtliche Anliegen des Persönlichkeitsschutzes durch klare und vollziehbare Regelungen berücksichtigt. Dabei kann sich der Hamburgische Gesetzgeber an den Erfahrungen aus anderen Bundesländern bzw. des Bundes orientieren. Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit steht für eine Beratung und eine Diskussion der Regelungsoptionen jederzeit zur Verfügung.“

Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Caspar, Tel. 428 54 - 4041

17. September 2009/jb17

Justizsenator Dr. Steffen kündigt Vorschlag für Rechtsgrundlage zu Videokameras in Dienstgebäuden an

Justizsenator Dr. Till Steffen hat heute angekündigt, in Kürze dem Senat vorzuschlagen, wie der Einsatz von Videokameras in Dienstgebäuden geregelt werden kann. Damit reagiert Dr. Steffen auf die Kritik des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, der gestern einen solchen Einsatz ohne Rechtsgrundlage für unzulässig gehalten hat. Die Überlegungen in der Justizbehörde sehen die Einfügung eines neuen Paragraphen im Hamburgischen Datenschutzgesetz vor.

Justizsenator Dr. Till Steffen:

„Wir sollten in diesem Bereich schnell Klarheit schaffen. Ich strebe eine eindeutige Regelung im Hamburgischen Datenschutzgesetz an. Videokameras in Dienstgebäuden können für den Schutz von Besuchern und Mitarbeitern der Behörden und auch zur Abwehr von Vandalismus erforderlich sein. Andererseits wollen wir keine unnötige Überwachung der Bürgerinnen und Bürger. Beides werden wir in dem Vorschlag der Justizbehörde gewährleisten, den wir jetzt noch vor Einbringung in den Senat mit dem Datenschutzbeauftragten besprechen werden. Beispielsweise soll dann, wenn die Kameras in Dienstgebäuden auch Aufzeichnungen vornehmen, ein entsprechender Hinweis an den Kameras angebracht werden. Weiter sollen die durch Kameras gewonnenen Informationen nur für den Zweck verwendet werden dürfen, für den die Kamera installiert worden ist. Wir brauchen auch eine Frist, nach deren Ablauf das Bildmaterial zu löschen ist.“

Für Rückfragen:

Thorsten Fürter

Pressesprecher der Justizbehörde

Telefon: 040-42843-3143 Mobil: 0172-4327953

Email: thorsten.fuerter@justiz.hamburg.de

7. September 2009/bsb07

Asbestverdacht: Untersuchungen laufen

Die insgesamt 130 vorsorglich gesperrten Sporthallen werden schnellstmöglich auf Asbestgefährdungen untersucht. Zunächst wird vor Ort festgestellt, ob es sich bei der Heizungs-/Lüftungsanlage tatsächlich um eine vergleichbare Anlage handelt oder ob sich ansonsten Verdachtsmomente auf ungesichertes Asbest ergeben. Wenn dies nicht der Fall ist, werden die Hallen und Räume durch die Behörde für Schule und Berufsbildung wieder zur Nutzung freigegeben.

Alle anderen Heizungs-/Lüftungsanlagen werden nach einem abgestimmten Standards genauer untersucht, ggf. beprobt und wo notwendig saniert oder ausgetauscht. Dabei werden alle vorhandenen Unterlagen über die Anlage analysiert und die Anlage vor Ort inspiziert, inklusive des Innenraums des Wärmetauschers. Die Anlage wird dann nach der Asbestrichtlinie bewertet. Wenn unmittelbarer Handlungsbedarf für betriebliche oder technische Sofortmaßnahmen erkannt wird, kann eine weitere Sperrung der Hallen oder sonstigen Räume erforderlich sein. Über die konkreten Maßnahmen wird im Einzelfall entschieden.

Seit dem 4. September 2009 werden zunächst Schulen untersucht, bei denen die direkt befeuerte Umluftheizung neben einer Sporthalle auch andere schulische Räume beheizt, sowie die Sporthallen an den Eliteschulen des Sports und andere für den Hamburger Leistungssport wichtige Sporthallen.

Mit den ersten Ergebnissen wird Mittwoch dieser Woche gerechnet.

In einer zweiten Prioritätsstufe werden ab heute die Heizungsanlagen derjenigen geschlossenen Sporthallen bzw. Schulräumlichkeiten untersucht, bei denen nach den vorliegenden Informationen möglicherweise eine schnelle Freigabe erreicht werden kann. Nachfolgend werden die übrigen Hallen untersucht, zunächst diejenigen mit baugleicher Anlage, nachfolgend alle weiteren in der Reihenfolge ihres Alters.

Die Untersuchungen werden zurzeit mit zehn Sachverständigen durchgeführt, in den nächsten Tagen werden weitere Gutachter beauftragt, um die Untersuchungen insgesamt

schnell abschließen zu können. Ergebnisse einer einzelnen Begutachtung inklusive Laboranalyse können innerhalb von drei Tagen vorliegen. Die Sachverständigen werden durch ein von der Behörde beauftragtes Büro koordiniert, um eine abgestimmte Vorgehensweise bei der Prüfung sicherzustellen. Die Freigabe wird von der Schulaufsicht gegenüber der Schule ausgesprochen.

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

09. September 2009

Kein Asbest in Luft und Staub

Aktuelle Messungen in Hallen der Peter-Petersen-Schule

In der Sporthalle der Peter-Petersen-Schule ist nach Abdichtung der Heizung bei den am Freitag, den 3.9. durchgeführten Messungen in der Luft und in Staubproben kein Asbest gefunden worden. Die beanstandete Heizung wird nun ausgebaut und die Halle anschließend sachgemäß gereinigt und nach einer Kontrollmessung voraussichtlich Ende Oktober – Anfang November wieder zur Nutzung freigegeben. Für die Zeit bis zur vorgesehenen Renovierung dieser Halle wird ein Ersatz-Heizaggregat beschafft.

In der Heizung waren asbesthaltige Dichtungen gefunden worden, die nicht fest verbaut waren. Es wurde festgestellt, dass Asbestfasern in die Raumluft des für die Arbeiten an der Heizung errichteten Sanierungsbereiches gelangten.

In der zweiten Halle („Halle 1“) dieser Schule, die mit einer vergleichbaren Heizungsanlage ausgestattet ist, wurde bei den ebenfalls am 3.9. durchgeführten Messungen bei laufender Heizung weder in der Luft noch in Staubproben Asbest gefunden. Nach einer erfolgreichen Sanierung und weiteren Kontrollmessungen kann diese Halle voraussichtlich Anfang Oktober wieder für die Nutzung freigegeben werden. Jedes halbe Jahr wird eine weitere Kontrollmessung durchgeführt werden.

Die Begutachtung der vorsorglich geschlossenen weiteren Sporthallen wird zurzeit von sechs Ingenieurbüros mit insgesamt 18 Sachkundigen durchgeführt.

So bald weitere konkrete Ergebnisse feststehen, wird die Öffentlichkeit umgehend informiert.

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung

040.42863.2003

0172.4247071

brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

18.09.2009/bsb18

Jedem Kind ein Instrument

Auftaktveranstaltung in der Fridtjof-Nansen-Schule mit Senatorin Christa Goetsch

An der Fridtjof-Nansen-Schule in Lurup hat Senatorin Christa Goetsch heute mit 140 Kindern der zweiten Klassen und deren Eltern den Auftakt für das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ gefeiert. An 61 Schulen mit 163 Klassen startet JeKi in diesen Tagen, ca. 3250 Kinder werden daran beteiligt sein. Im Haushalt sind dafür rund 2,6 Millionen Euro vorgesehen. Jede JeKi-Schule hat in den letzten Monaten ein Instrumentenpaket im Wert von etwa 10.000 Euro beschafft. Darunter sind etwa 400 Gitarren in Kindergröße, 175 Blech- und 1000 Holzblasinstrumente, 436 Geigen, Bratschen, Celli und Kontrabässe sowie 180 Keyboards oder E-Pianos. Mit diesen Instrumenten werden die Kinder in den nächsten Monaten ihre ersten Erfahrungen machen und ihre Handhabung kennen lernen: Streichen, blasen, zupfen, anschlagen. Immer zwei Fachleute betreuen dabei eine Klasse. Im Frühjahr 2010 werden die Kinder und ihre Eltern dann entscheiden, welches Instrument sie in Klasse 3 und 4 lernen wollen.

Der Schulchor der Fridtjof-Nansen-Schule unter der Leitung der Musiklehrerin Gabriele Sauer gestaltet die Feier musikalisch. Vier Kinder packen – stellvertretend für alle anderen – eine Gitarre, eine Trompete, eine Geige und ein E-Piano aus. Dabei werden sie von Senatorin Goetsch, von Claudia Draser, der Leiterin der Staatlichen Jugendmusikschule, Markus Menke, dem Leiter des Hamburger Konservatoriums und von ihrer Musiklehrerin tatkräftig und fachkundig unterstützt. Am Schluss und führt der Chor das neue Hamburger JeKi-Lied erstmals auf.

Senatorin Goetsch erklärt dazu: „Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat ein großes Interesse daran, die musikalische Bildung der Kinder zu fördern und die Beteiligung der Familien am kulturellen Leben zu stärken. Ich verspreche mir von „Jedem Kind ein Instrument“ einen starken An Schub für das Instrumentalspiel, Anstöße für die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder und Impulse für die Weiterentwicklung der Lernkultur in den Schulen. Deshalb wünsche ich allen viel Freude und ein gutes Gelingen des großen Vorhabens.“

Zugleich dankt Senatorin Goetsch der Dr. E. A. Langner-Stiftung für die Initiative, das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ durch eine Serie von Konzerten zu begleiten. Ab dem Frühjahr 2010 treten professionelle Musiker mit pädagogisch moderierten Konzertprogrammen in JeKi-Schulen auf, um den Kindern Appetit auf das Erlernen eines Instruments zu machen.

Weitere Informationen über „Jedem Kind ein Instrument“ und eine Liste der teilnehmenden Schulen finden Sie unter www.li-hamburg.de/jeki

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

15. September 2009/bsg15

4. Hamburger Integrationspreis – Jetzt bewerben!

Wettbewerbs-Auftakt mit Senator Wersich - Bewerbungsfrist endet am 30. Oktober

„Geh mit mir auf uns zu! – Integration durch ehrenamtliches Engagement“. So lautet das Motto des 4. Hamburger Integrationspreises, für den Dietrich Wersich, Sozialsenator und Vorsitzender des Hamburger Integrationsbeirates, heute offiziell den Startschuss gegeben hat. Der Integrationspreis wird vom Hamburger Integrationsbeirat ausgeschrieben und ist mit 10.000 Euro dotiert. Vergeben werden soll er für ehrenamtliche Aktivitäten, die die Begegnung verschiedener Kulturen, die gegenseitige Hilfestellung und ein tolerantes Miteinander fördern. Im Blickpunkt stehen dabei insbesondere Mentoring- und Patenschaftsprojekte, die sich mit der aktiven Vermittlung von Sprache und Kultur befassen. Bewerbungsschluss ist der 30. Oktober. Der Preis wird in diesem Jahr von SAGA GWG gefördert.

„Integration kann nicht vom Staat verordnet, sondern sie muss vor Ort von Zuwanderern und Einheimischen gleichermaßen gelebt werden“, sagt Hamburgs Sozialsenator und Vorsitzender des Integrationsbeirates, **Dietrich Wersich**. „In Hamburg gibt es zahlreiche Menschen, die sich in diesem Sinne ehrenamtlich engagieren und den interkulturellen Dialog fördern. Mit dem Integrationspreis möchten wir diesen Einsatz auszeichnen und andere Bürger motivieren, sich ebenfalls für ein vielfältiges Miteinander einzubringen.“

Wer kann sich bewerben?

Bewerben können sich alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger, die sich mit einem Einzelprojekt im beschriebenen Sinne engagieren. Teilnehmen können auch Vereine, Schulen, Stadtteilprojekte, Wohnungsunternehmen oder sonstige Organisationen mit Sitz in Hamburg. Bei den Projekten kann es sich beispielsweise um Mentoring- oder Patenschaftsprojekte handeln, die mit Kindern und Jugendlichen in Hamburg arbeiten. Auch Nachbarschaftstreffs, die das friedliche und gemeinschaftliche Zusammenleben verschiedener Menschen gestalten, Lotsenprojekte sowie kulturelle, sportliche und andere Initiativen sind angesprochen.

Wo und bis wann kann man sich bewerben?

Bewerbungen können bis zum 30. Oktober 2009 bei der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz eingereicht werden. Unter www.hamburg.de/integrationsbeirat

ist zu erfahren, was bei einer Bewerbung zu beachten ist. Eine unabhängige Jury wird dann unter allen Bewerbungen den oder die Preisträger auswählen, welche am 30. November

2009 im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung mit Senator Dietrich Wersich im Hamburger Rathaus ausgezeichnet werden.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut, Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de. Internet: www.hamburg.de/bsg/

18. September 2009/bsg18

Unterstützung, die bei den Familien ankommt:

Startschuss für 15 weitere Eltern-Kind-Zentren

Familien senator Dietrich Wersich hat heute den Startschuss für einen weiteren Ausbau der Eltern-Kind-Zentren gegeben: Nach der erfolgreichen Einführung von 22 Eltern-Kind-Zentren in den Jahren 2007 und 2008 sollen zunächst weitere 15 Eltern-Kind-Zentren an Kindertageseinrichtungen eingerichtet werden. Die Zahl der Eltern-Kind-Zentren steigt damit auf 37. Außerdem werden zwei bereits bestehende, besonders gut frequentierte Eltern-Kind-Zentren ausgebaut. Insgesamt 4,7 Millionen Euro hat die Stadt für den Ausbau und Betrieb der Eltern-Kind-Zentren in 2009 und 2010 bereitgestellt. „Das Wichtigste für Kinder sind gute Eltern“, sagt Familien senator Dietrich Wersich. „Mit den Eltern-Kind-Zentren stärken wir Eltern, die Unterstützung gebrauchen können. Gleichzeitig fördern wir Kinder, die keine Kita besuchen. Das Konzept ist so erfolgreich und wird so gut angenommen, dass wir die Zahl weiter aufstocken.“

➤ **Evaluation der bestehenden Eltern-Kind-Zentren**

Der Ausbau der Eltern-Kind-Zentren erfolgt basierend auf einer bisher unveröffentlichten Evaluation der Universität Hamburg. Die Studie hat 18 der 22 bereits realisierten Eltern-Kind-Zentren analysiert mit der zentralen Feststellung, dass die angestrebte Zielgruppe erreicht wird. Demnach werden die Eltern-Kind-Zentren von Müttern aufgesucht, die Bedarf haben, sich Erziehungskompetenzen anzueignen oder diese zu erweitern und deren Lebenslage zu mindestens zwei Dritteln von Armut, Arbeitslosigkeit, Bildungsferne, Überschuldung, Isolation oder Desintegration geprägt ist. Besonders vor dem Hintergrund, dass andere Beratungsstellen von Familien mit solchen Problemlagen seltener aufgesucht werden (zu 10 bis 15 %), zeigt das Ergebnis, wie schnell die neuen Eltern-Kind-Zentren zu einem wichtigen Baustein der Familienförderung geworden sind. Auch quantitativ werden die Eltern-Kind-Zentren laut der Evaluation gut in Anspruch genommen. Im Fazit kommt die Evaluation zu dem Ergebnis, dass „die Stadt Hamburg sowohl mit dem Konzept als auch mit der Leistung der Eltern-Kind-Zentren im bundesweiten Vergleich ein hoch qualifiziertes Modell der Elternbildung mit benachteiligten Adressaten und ihren Kindern eingeführt und damit das

neue Feld der Entwicklung von Eltern-Kind-Zentren kompetent und beispielgebend vorangebracht hat.“

Die Studie ist im Internet unter www.hamburg.de/eltern-kind-zentren einzusehen.

➤ **Ausschreibung für 15 neue Eltern-Kind-Zentren startet**

Die 15 neuen Eltern-Kind-Zentren werden jetzt ausgeschrieben, sodass das Ausschreibungsverfahren für die Kita-Träger voraussichtlich Ende des Jahres abgeschlossen sein wird und die neuen Zentren sukzessive ab 2010 in Betrieb genommen werden können. Die Standorte der 15 neuen Eltern-Kind-Zentren wurden von den Bezirken vorgeschlagen.

Zur Anlauffinanzierung (Baumaßnahmen, Einrichtung, etc.) erhält jedes neue Eltern-Kind-Zentrum einmalig 30.000 Euro. Die monatliche Zuwendung liegt je Zentrum bei 4.218 Euro. Zwei bereits bestehende Eltern-Kind-Zentren (die DRK-Kita Regenbogen in Lohbrügge und die Kita Maria-Magdalena in Osdorf) erhalten aufgrund ihrer außerordentlich hohen Inanspruchnahme zudem eine Aufstockung ihrer monatlichen Zuwendung, um ihr Angebot weiter auszubauen.

Die Ausschreibung befindet im Internet unter www.hamburg.de/ausschreibungen.

Was sind Eltern-Kind-Zentren ?

Hamburg will mit den Eltern-Kind-Zentren die frühe Bildung von Kindern fördern, die (noch) keine Kita besuchen, und die Erziehungskompetenz von Eltern stärken, die trotz Bedarfes bisher keine Unterstützung in Anspruch nehmen. Durch die räumliche Anbindung an bestehende Kindertageseinrichtungen, eine hohe Vernetzung mit anderen Einrichtungen im Stadtteil und die offene Angebotsstruktur sind die Eltern-Kind-Zentren niedrigschwellig zugänglich. Die Besucher werden durch sozialpädagogisch qualifizierte Fachkräfte zur Selbsthilfe angeregt und gegebenenfalls motiviert, andere Beratungsangebote zu nutzen. Der Zugang zu den Eltern-Kind-Zentren steht allen Familien mit kleinen Kindern offen und ist kostenlos. Ein Kita-Gutschein ist nicht erforderlich.

Eltern-Kind-Zentren bieten unter anderem

- einen offenen Eltern-Kind-Club, in dem sich Mütter und Väter mit Kleinkindern treffen und mit anderen Eltern ins Gespräch kommen können;
- Spiel- und Lernstunden für Kinder, im Rahmen derer die Kinder mit entwicklungs- und sprachanregenden Spielen gefördert werden;
- Eltern-Kind-Gruppen, in denen Eltern mit ihren Kindern praktische Anregungen für die Förderung der Kinder zuhause erhalten;

- sowie Elternbildungs-, Informations- und Beratungsangebote in Zusammenarbeit z.B. mit Elternschulen, Familienhebammen und anderen Fachleuchten aus der Familien- und Gesundheitsförderung.

Geplante Eltern-Kind-Zentren (Ausschreibung 2009)

- Hamburg-Mitte Rothenburgsort
- Hamburg-Mitte Billstedt (Mümmelmannsberg)
- Hamburg-Mitte Wilhelmsburg (Bahnhofsviertel/Schwendtnerring)
- Hamburg-Mitte Wilhelmsburg (Georgswerder/Kirchdorf-Süd)
- Altona Ottensen (Quartier Ottensen-Kern bis Grenze Bahrenfeld)
- Altona Bahrenfeld
- Eimsbüttel Eidelstedt
- Eimsbüttel Stellingen
- Hamburg-Nord Barmbek-Nord
- Hamburg-Nord Langenhorn (Raum Langenhorn-Markt)
- Wandsbek Rahlstedt (Meiendorf)
- Wandsbek Rahlstedt (Großlohe)
- Wandsbek Farmsen-Berne (westlich Falkenhorst/ südlich Berner Heerweg)
- Bergedorf Lohbrügge (Lohbrügge-West)
- Harburg Hausbruch (Neuwiedenthal)

(Stand 18. September 2009)

Einen Überblick über die **22 bestehenden Eltern-Kind-Zentren** gibt es im Internet unter www.hamburg.de/eltern-kind-zentren.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsg/

Igs07

KlimaWasserWerke – Kunstpositionen im Fluss

Ausstellung der igs 2013 im Industriedenkmal Wasserwerk Wilhelmsburg

Hamburg, 6. September 2009 – „Nach uns die Sintflut?“ Mit dieser provokanten Frage zu den potenziellen Folgen des Klimawandels eröffneten der Geschäftsführer der internationalen Gartenschau (igs 2013), Heiner Baumgarten und der Klimaforscher Professor Dr. Mojib Latif vom Leibniz-Institut für Meereswissenschaften der Universität Kiel die Kunstausstellung „KlimaWasserWerke – Kunstpositionen im Fluss“. Vom 7. bis 27. September 2009 zeigen sechs junge Künstlerinnen und Künstler ihre Interpretationen zum Thema Wasser. Die Schau wird an historisch-authentischem Ort präsentiert: Bis 2008 pumpte das 1904 erbaute, gründerzeitliche Wasserwerk Wilhelmsburg bis zu vier Millionen Liter Trinkwasser in die Hamburger Haushalte. Seit seiner Stilllegung dient es der igs 2013 als Schaustück und Galerie und wird während der Gartenschau im Jahre 2013 zum zentralen Gastronomiestandort.

Wasser belebt uns, Wasser bedroht uns: Die Elbmetropole Hamburg mit ihren Flussläufen und Strandbuchten, Hafenbecken, Fleeten und Kanälen musste sich von jeher mit der bedrohlichen Kraft des Wassers, ihren Strömungen, Untiefen und Flutkatastrophen, auseinandersetzen. Manche Stadtteile, wie die auf dem Meeresspiegel liegende Elbinsel Wilhelmsburg, würden ohne Hochwasserschutz, ohne Deiche und Wettern gar nicht existieren. Zunehmend aber ist das Wasser selbst bedroht: Experten und Umweltschützer beklagen längst, dass der „Raubbau am kostbaren Nass“ gefährliche Ausmaße angenommen habe. Der kostbare Rohstoff wird immer knapper: Die Produktion eines T-Shirts verschlingt rund 4.000 Liter Wasser, die eines Neuwagens gar 450.000.

„Wasser ist Lebenselixier. Ohne Wasser kein Leben, kein Wachstum, kein Wohlstand“, betonte igs-Geschäftsführer Heiner Baumgarten anlässlich der Ausstellungseröffnung. „Die Elbinsel Wilhelmsburg, Ausstellungsgelände der internationalen Gartenschau, ist von Wasser umgeben, der Hamburger Hafen wiederum das ökonomische und kulturelle Herz der Hansestadt. Der Umgang mit und das Erleben von Wasser in Zeiten des globalen Klimawandels ist daher zentrales Thema der internationalen Gartenschau. Höhepunkt der Auseinandersetzung werden die sechzehn individuell gestalteten Gärten sein, die die Gartenschau im Jahr 2013 in ihren Wasserwelten präsentieren wird.“

„Wasser beschert dem Planeten Erde sein lebensfreundliches Antlitz. Ohne Wasser gäbe es keine Wolken und unser Planet wäre unerträglich heiß“, so Prof. Mojib Latif. „Wir ärgern uns oft über den Regen. Dieser erfüllt jedoch wichtige Aufgaben, nicht nur in klimatischer Hinsicht. Er bringt uns beispielsweise das Trinkwasser, das in den Trockengebieten Mangelware ist. Zu viel Wasser kann andererseits eine Bedrohung darstellen, etwa wenn

Flüsse über die Ufer treten. Die Ausstellung ist ein Sinnbild für die elementare Bedeutung des Wassers auf unserem Planeten, das Fluch und Segen zugleich bedeuten kann.“

Für die dritte Kunstaussstellung der igs 2013, die erstmals in dem Industrie-denkmal Wasserwerk Wilhelmsburg präsentiert wird, wurden Künstlerinnen und Künstler eingeladen, sich mit dem Thema differenziert auseinander zu setzen: **Frederika Hoffmann** (Hamburg) hebt in ihren Fotografien die Distanz zum kalten Nass auf und betrachtet Wilhelmsburg aus der Perspektive der Wasserwege. **Kailiang Yang** (Hamburg) zeigt sich in seinen technisch ausgefeilten Ölgemälden beeindruckt von den Lichtstimmungen, die die feuchten Wetterverhältnisse der Hansestadt zu bieten haben. **Aloys Kiefer** (Hamburg) führt uns mit seinem aufwändigen Fotoprojekt ins Hochgebirge der Alpen und zeigt die Folgen der Erderwärmung. **Insa Winkler** (Hude), eine politische Landart-Künstlerin, thematisiert mit ihrer interaktiven Installation „TRINKBAR“ die Pflege des natürlichen Wasserkreislaufs und seine Bedeutung für Mensch und Natur. **Susanne Kutter** (Berlin) weckt mit ihrer meditativen Videoarbeit „FLOODED HOME“ sicher auch die eine oder andere Angst vor ungezügelter Wasserkraft, während **Markus Lohmann** (Hamburg) mit einer multisensorischen Rauminstallation die politischen Aspekte des Elements in einer ungleichen Welt visualisiert. Die Arbeiten reflektieren demnach das Wasser sowohl in seiner lebensspendenden als auch zerstörerischen Kraft.

Fotos vom Wasserwerk von ausgewählten Kunstwerken stehen für Veröffentlichungen im Rahmen von Pressezwecken unter <http://www.igs-hamburg.de/306.0.html> zur Verfügung

Ausstellungsdaten im Überblick:

Ausstellung „KlimaWasserWerke – Kunstpositionen im Fluss“

Eröffnung: 6. September 2009, 14 Uhr

Laufzeit : 7. - 27. September 2009

Öffnungszeiten: Mo – Fr 15 – 20 Uhr, Sa und So 11 – 20 Uhr, Eintritt frei

Veranstaltungsort im ehemaligen Wasserwerk Wilhelmsburg, Kurdamm 24, Hamburg-Wilhelmsburg

Rückfragen an:

igs internationale gartenschau hamburg 2013 gmbh, Ina Heidemann

Tel. +49(0)40-226 31 98 -40

presse@igs-hamburg.de

oder

Charlotte Brinkmann, Kuratorin igs 2013

Tel. +49(0)40- 4019 5641

7. September 2009/bsu07

PRESSEMITTEILUNG



HAMBURG ENERGIE geht ans Netz

Hamburg, 7. September 2009. Seit heute bietet HAMBURG ENERGIE seinen Kunden klimafreundliche Energie frei von Kohle- und Atomstrom. Zum Start des Unternehmens unterzeichneten Bürgermeister Ole von Beust und Umweltsenatorin Anja Hajduk das HAMBURG ENERGIE-Manifest. Das Manifest beinhaltet die zehn zentralen Forderungen für die Energiewende in Hamburg.

„Der Klimaschutz ist eine Aufgabe, der wir uns nicht nur in Hamburg stellen müssen, der wir uns als internationale Metropole mit Verbindungen in die ganze Welt aber besonders verpflichtet fühlen. Mit HAMBURG ENERGIE leisten wir einen weiteren Beitrag, die CO₂-Emissionen zu reduzieren – und alle Hamburgerinnen und Hamburger haben die Möglichkeit, ihren Teil dazu beizutragen“, so Bürgermeister Ole von Beust.

Unter dem Motto „Ich schliess mich an“ startet HAMBURG ENERGIE ab heute seine Aktivitäten im Strommarkt. Zum Versorgungsgebiet gehört neben Hamburg auch das Umland: von Kaltenkirchen im Norden über Stade und Büchen im Westen beziehungsweise Osten bis Hanstedt im Süden. HAMBURG ENERGIE beginnt dabei zunächst als Stromhändler und investiert zunehmend in den Aufbau eigener umweltfreundlicher Energieerzeugungsanlagen. Die ersten unternehmenseigenen Anlagen – zwei Windenergieanlagen auf dem Klärwerk Dradenau – sollen bereits 2010 ans Netz gehen.

„Die Frage der klimafreundlichen Energieerzeugung ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen. Je mehr Menschen sich HAMBURG ENERGIE anschließen, desto mehr kann in eine klimafreundliche Energieversorgung vor Ort investiert werden. Damit können die Hamburgerinnen und Hamburger einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten“, so Umweltsenatorin Anja Hajduk.

Mit HAMBURG ENERGIE gewinnt die Stadt Handlungsfreiheit, den Weg zu einer

zukunftsfähigen und nachhaltigen Energieversorgung zu gestalten. „Bereits im ersten Jahr starten wir Investitionen von gut 25 Millionen Euro in den Aufbau eigener regenerativer Wind- und Sonnenergieanlagen“, erklärt Dr. Michael Beckereit, Sprecher der Geschäftsführung von HAMBURG ENERGIE.

HAMBURG ENERGIE versteht sich nicht nur als Ökostromanbieter, sondern als kommunaler Energieversorger für alle Menschen in Hamburg mit einer Verantwortung für die Stadt und die Region. Die beiden Angebote *Tor zur Welt* und *Horizont* lassen den Kunden dementsprechend die Wahl zwischen einem kostengünstigen Einsteigerprodukt und einem rein regenerativ und regional erzeugten Premiumprodukt. Eines aber ist beiden Angeboten gemein: Sie sind frei von Kohle- und Atomstrom. „Klimaschutz lebt vom Mitmachen. Und wir wollen, dass sich jeder Klimaschutz leisten kann. Mit einem Preis von 19 ct/kWh für *Tor zur Welt* liegen wir für die Hamburgerinnen und Hamburger genau auf dem Niveau des Grundversorgers – aber mit sauberer Energie. Und mit unserem Angebot *Horizont* erreichen wir die Menschen, die auf sehr saubere und lokal erzeugte Energie Wert legen“, so Dr. Ulrich Bammert, Geschäftsführer von HAMBURG ENERGIE.

Die Umsatzerwartungen liegen im ersten Jahr bei rund 40 Millionen Euro. In drei bis vier Jahren wird erstmals mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Interessenten erhalten weitere Informationen oder Verträge unter der Telefon-Hotline 040 - 33 44 10 10 oder im Internet auf der Seite www.ich-schliess-mich-an.de

Der Wechsel ist ganz einfach: Nach Anmeldung im Internet oder Vertragsunterzeichnung, übernimmt HAMBURG ENERGIE alle weiteren Schritte.

Pressekontakte:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: Enno Isermann, 040-428 40 2051, enno.isermann@bsu.hamburg.de
Volker Dumann, 040 428 40 3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de

HAMBURG ENERGIE: Carsten Roth, 040-3344 1019
carsten.roth@hamburgenergie.de

15. September 2009/bsu15

Landschaft mit Bio-Siegel

Rathaus-Ausstellung über „UNESCO Biosphärenreservate – Modellregionen von Weltrang“

Die UNESCO definiert Biosphärenreservate als Regionen, in denen die Verbindung von nachhaltiger Entwicklung, zukunftsfähigem Handeln sowie Natur- und Kulturlandschaftschutz geprobt wird. Weltweit sind rund 550 Gebiete anerkannt, in Deutschland derzeit 15. Eines davon ist das Biosphärenreservat Hamburgisches Wattenmeer (gleichzeitig Nationalpark). Die ältesten deutschen Biosphärenreservate sind „Flusslandschaft Elbe“ (Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt) und das „Vessertal“ (Thüringen). Beide bestehen jetzt 30 Jahre. Wegen dieses Jubiläums ist eine Ausstellung mit dem Titel „UNESCO Biosphärenreservate - Modellregionen von Weltrang“ in Deutschland unterwegs. Sie ist ab heute im Rathaus zu sehen.

Die Ausstellung zeigt aus allen deutschen Biosphärenreservaten erfolgreiche Beispiele von Regionalentwicklung, die allesamt neben dem Schutz der Natur nachhaltige Nutzung der Kulturlandschaften und gesellschaftliche Entwicklung verbinden. So wird z.B. im Biosphärenreservat Rhön die berühmte BIONADE produziert, und das Biosphärenreservat Oberlausitzer Teich- und Heidelandschaft ist berühmt für seine Fischzucht.

Der Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer ist seit 1992 als Biosphärenreservat anerkannt.

Die Insel Neuwerk ist praktisch autofrei, nur per Schiff, Pferdewagen oder zu Fuß erreichbar, arbeitet an einem neuen Energieversorgungskonzept und engagiert sich mit der Nationalparkverwaltung sehr für Umweltbildung („Junior-Ranger“).

Über Hamburgs Biosphärenreservat und die übrigen deutschen Biosphärenreservate liegen kostenlose Broschüren bereit. Die Ausstellung „UNESCO Biosphärenreservate – Modellregionen von Weltrang“ ist von heute (15. September) bis zum 25. September in der Diele des Hamburger Rathauses zu sehen. Der Eintritt ist natürlich frei.

Kontakt: Behörde f.Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, 040-428.40-3249 oder -3063, - 2051, 2058, volker.dumann@bsu.hamburg.de

15. September 2009/bsu15a

Autofreier Sonntag trifft Zukunft der E-Mobilität

Am Autofreien Sonntag diskutiert Hamburg die Mobilität von morgen - Große Aktionsmeile rund um den Dammtorbahnhof

Zum zweiten Mal in diesem Jahr gehören einige Hauptverkehrsstraßen in Hamburg einen Sonntag lang Radfahrern, Skatern und Fußgängern. Im Rahmen des Autofreien Sonntags werden am 20. September einige Straßen rund um den Dammtor zur Eventmeile, auf der sich die Hamburger über Klimaschutz und umweltfreundliche Antriebstechnologien informieren können. Von der Kennedybrücke über Alsterglaxis, Theodor-Heuss-Platz (Dammtorbahnhof) und Edmund-Siemers-Allee (Uni-Hauptgebäude) bis zu den Straßenzügen An der Verbindungsbahn und Grindelallee (bis Kreuzungsbereich Rentzelstraße/Grindelhof) sind einige stark befahrene Straßen Hamburgs an diesem Sonntag für den Autoverkehr zwischen 6 Uhr morgens und Mitternacht gesperrt.

Das Motto des Autofreien Sonntags lautet „Mobilität von Morgen - bereits heute erfahren“. **Anja Hajduk, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt:** „Ein umfassendes Mobilitätsangebot macht auch die Lebensqualität einer Stadt aus. Die sehr gute Resonanz auf das neue Leihfahrradsystem StadtRAD zeigt die hohe Bereitschaft, neue Angebote anzunehmen und hierbei etwas für das Klima zu tun. Mit diesem Autofreien Sonntag stellen wir uns der Frage, wie das Auto selbst klimafreundlicher werden kann. Hamburg als kommende Europäische Umwelthauptstadt leistet mit diesem Autofreien Sonntag im Rahmen der Europäischen Woche der nachhaltigen Mobilität einen Beitrag für die Diskussion über veränderte Anforderungen an umweltfreundliche Mobilität in Städten.“

Auf der Eventmeile finden rund hundert unterschiedliche Aktivitäten statt (Programmübersicht und Übersichtskarte auf der beigefügten CD). Besonderer Höhepunkt hierbei: Veranstaltungsbesucher können Probefahrten mit einem batteriebetriebenen BMW-Mini oder einem mit Brennstoffzellen betriebenen Daimler A-Klasse-Fahrzeug machen. Auf der Unterhaltungsbühne am Dammtorbahnhof wird ab 18 Uhr Mousse T. die Fans begeistern. Auf der Alsterbühne an der Kennedybrücke gibt es während des gesamten Nachmittags Talkrunden, Informationen und ein vielfältiges Unterhaltungsprogramm.

Busse, Bahnen und Fähren im HVV-Gesamtnetz der Metropolregion Hamburg sind für 24 Stunden kostenfrei.

Hamburg wird mit einem eigenen Infostand über das Programm und die Aktivitäten im Rahmen der Kampagne zur Europäischen Umwelthauptstadt „Hamburg European Green Capital 2011“ informieren.

Die Kennedybrücke wird erstmals in ihrer stolzen Geschichte zum Schauplatz für Beach-Clubs und öffentliche Tanzkurse, wo mehrer Hamburger Tanzschulen die Veranstaltungsbesucher zu Tango, Cha-Cha oder langsamem Walzer bitten. Vor dem Universitäts-Hauptgebäude zeigen Hamburgs Verkehrsunternehmen gemeinsam mit dem HVV ein „ÖPNV-Dorf“, mit vielfältigen Informationen und Attraktionen. Auf der Bühne am Dammtor ist ein hochwertiges E-Bike zu gewinnen.

Da der 20. September zugleich der offizielle Weltkindertag ist, wird auch das Zusammenleben der Generationen unter dem Aspekt urbaner Lebensqualität und großstädtischer Mobilität thematisiert. Auf dem Kinderfest in den Wallanlagen wird es zahlreiche Angebote für Kinder und Jugendliche geben. So sind erstmals beim Autofreien Sonntag auch Hamburger Schulen aktiv eingebunden und informieren über Klimaschutzprojekte. Auf einer Nachwuchsbühne am Musikclub Logo an der Grindelallee werden Schülerbands aus verschiedenen Hamburger Schulen spielen, auf der Großen Moorweide findet ein Freizeit-Kicker-Turnier mit Schülerteams statt.

18. September 2009/t-bsu-18a

Hamburg, Basel, Norderstedt, Brüssel, Köln:

Autofreier Sonntag in Hamburg in bester Gesellschaft

Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa gehen für den Klimaschutz auf die Straße

Der europaweite Autofreie Sonntag an diesem Wochenende in Hamburg steht in einer Reihe mit vielen europäischen Metropolen im Bekenntnis für mehr Klimaschutz im innerstädtischen Verkehr: Brüssel sperrt den gesamten Inneren Ring und legt damit den Autoverkehr faktisch lahm, in Köln ist die prominente Rhein-Ufer-Straße über mehrere Kilometer für den Autoverkehr vollgesperrt, Basel lässt die Autos draußen und auch in der Metropolregion Hamburg laufen in Ahrensburg, Stade und Norderstedt viele Aktionen: Die größte Veranstaltung in der Metropolregion wird in Norderstedt auf der gesperrten Ulzburger Straße wieder mit vielen Attraktionen und Informationen rund um das Thema Mobilität und einer Verkaufsöffnung der Geschäfte (11 bis 16 Uhr) stattfinden.

Im gesamten HVV-Gebiet wird für 24 Stunden Bus und Bahnfahrten kostenlos sein. Ebenfalls für 24 Stunden werden von 4 Uhr Sonntag Morgen bis um 4 Uhr Montag Morgen einige der wichtigsten Straßen Hamburgs im Großraum um den Dammtorbahnhof für den Fahrzeugverkehr komplett gesperrt und zur Veranstaltungsfläche umfunktioniert sein.

Ole von Beust, Hamburgs Erster Bürgermeister: „Ich hoffe, dass viele beim Autofreien Sonntag mitmachen und so ein Zeichen für den Klimaschutz setzen. Hamburg und das Umland haben zahlreiche Klimaschutz-Projekte auf den Weg gebracht, für nachhaltigen Erfolg brauchen wir aber auch die Unterstützung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.“

Von der Alster bis auf die Grindelalle und rund um den Dammtorbahnhof wird eine Vielfalt spannender Attraktionen geboten. Unter dem Motto „**Mobilität von Morgen - bereits heute erfahren**“ gibt es ein breites Bündnis von Akteuren, die sich als Partner der Stadt für den Klimaschutz einsetzen. Medienpartner wie Hamburg 1, Radio Hamburg und die MOPO sind ebenso präsent wie die Partner aus städtischen Unternehmen wie der Stadtreinigung Hamburg, privaten Unternehmen wie E.ON Hanse, Budnikowski oder Philips oder aus den vielen Initiativen und Organisationen wie z.B. der Verbraucherzentrale Hamburg, dem BUND Hamburg, dem ADFC oder der Hamburger Inline-Skating Schule HIS e.V..

Hauptsponsoren und zentrale Partner des Aktionstages sind die Verkehrsunternehmen Hamburger HOCHBAHN, S-Bahn Hamburg GmbH, PVG/VHH sowie die Energieunternehmen Hamburger Energie und Vattenfall Europe, die ihre Vorstellungen für die Umsetzung der Zukunftskonzepte im Bereich der Infrastruktur für Elektroautos zur Diskussion stellen.

Programmhinweise:

Zukunftsthemen werden auch von Studenten der Hochschule für angewandte Wissenschaften oder den Schülern der Sophie-Barat-Schule gezeigt, die auf der Radio-Hamburg Bühne aus dem Unterricht ihrer Profiloberstufe zum Thema „Brennstoffzellentechnologie“ berichten werden. Wie aus Mikroalgen auch auf engstem Raum Biomasse erzeugt werden kann und damit ohne eine Nahrungsmittelkonkurrenz effektive Potenziale für regenerative Energie erschlossen werden können, zeigt EON-Hanse auf der Straße Alsterglaxis.

Schülerbands auf der Bühne am Musikclub LOGO tragen kreative Namen wie „The Stoke“, „Enormverdables“ oder „Notstrom“ und werden ab 12 Uhr ebenso wie die Breakdancer im Kreuzungsbereich Bundesstraße (ab 14 Uhr) speziell auf Jugendliche zugeschnittene Attraktionen bieten.

Wer an Diskussionen zu Verkehrspolitik und Klimaschutz interessiert ist, kann jeweils zur vollen Stunde auf der Themenbühne am nördlichen Ende der Kennedybrücke kommen, wo Herbert Schalthoff (HH 1) Diskussionsrunden mit Gästen aus Politik und Wirtschaft durchführt. Dazwischen gibt's Musik und Comedians oder einen Cocktail im nahegelegenen Beachclub mitten auf der Kennedybrücke.

Tanzinteressierte sind bei der Hamburg Dance Academy auf der Kennedybrücke willkommen oder vor der Hauptbühne am Dammtorbahnhof, wo Radio Hamburg gegen 18 Uhr Mousse T. präsentiert, der mit seiner internationalen Band mit einem breiten Repertoire kreativer Remixes, Grooves und Mash-Up's von Michael Jackson bis Tom Jones das Publikum begeistern wird.

Niemals zuvor gab es bei einem Autofreien Sonntag ein so intensives Beratungsangebot der Hamburger Verkehrsunternehmen und des HVV wie im ÖPNV-Dorf auf der Edmund-Siemers-Allee.

Wer neben aller Information auch selbst in die Pedale treten will, kann dies beim beliebten Fahrradbus der Pinneberger Verkehrsbetriebe/Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein ebenso wie bei der E-Bike-Teststrecke auf der Grindelallee.

Kontakt: Behörde f.Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, 040-428.40-3249 oder -3063, - 2051, 2058, volker.dumann@bsu.hamburg.de

18. September 2009/bsu18

Fischotter wird Titelheld einer Detektivgeschichte

Hamburger Schüler mit Naturschutz-Preis ausgezeichnet

Die Sieger des Naturschutz-Wettbewerbes der Aktion Fischotterschutz e.V. „Natur vor meiner Haustür – Spuren an meinem Gewässer“ wurden heute im Rathaus für ihr vorbildliches Naturschutz-Engagement ausgezeichnet. Vorderste Plätze erreichten auch Schüler des Hamburger Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums sowie Schüler der Fachschule für Umweltschutztechnik. Umweltstaatsrat Christian Maaß und der Vorsitzende der Aktion Fischotterschutz e.V., Mark Ehlers überreichten die Preise des Wettbewerbs.

Die Schüler der 5c des Humboldt-Gymnasiums erreichten den 1. Platz in der Kategorie Schüler ab der 5. Klasse für eine Detektivgeschichte, in der es um den Fischotter geht. Fragen wie: Was braucht der Fischotter, wo lebt der Fischotter, wie kann ich Wasserverschmutzung nachweisen, mussten bei dieser kriminologischen „Ermittlung“ gelöst werden. Besucht wurden u.a. das Otter-Zentrum, das Klärwerk und die TU Harburg. Die Ergebnisse wurden später in einem Film zusammengetragen. „Ein sehr gelungenes und nachahmenswertes Beispiel für naturkundliches entdecken“, so die Jury.

Den 2. Preis errangen die Schüler der Klassen 5a und 5d, ebenfalls vom Humboldt-Gymnasium. Hier ging es um die Frage: Kann der Fischotter an der Engelbek leben? Aktive Maßnahmen wie die Entfernung der Uferverbauung oder der Einbau von Strömunglenkern zeichneten das ganzheitlich angelegte Gewässerprojekt aus. „Das Projekt ist fächerübergreifend und damit beispielhaft für gutes Projektmanagement. Die Film-Dokumentation ist ein entscheidender Faktor für die Reflexion der eigenen Arbeit“, so die Jury.

Den 3. Preis erhielten die Auszubildenden der Staatlichen Gewerbeschule Bautechnik G 19, der Klasse UT 08 der Fachschule für Umweltschutztechnik. Im Rahmen der Ausbildung wurde ein sehr detailliertes Fachgutachten zur Gewässergütebestimmung der Mittleren Bille erstellt. Als Grundlage dienten langjährige Untersuchungen an der Bille, die im Jahr 2009 um Untersuchungen zur Strukturgüte, Pflanzenkartierung, die biologische und die chemische Gewässergüte erweiterte wurden. „So ist ein sehr umfangreiches Gutachten und eine aktuelle Bewertung zur Situation der Mittleren Bille entstanden. Ein gutes Beispiel, wie praxisnah Unterricht gestaltet werden kann“, so die Jury.

FOTOS aller Preisträger aus dem Rathaus ab 17 Uhr unter: www.bsu.hamburg.de

Christian Maaß, Umweltstaatsrat, betonte: „In jedem Fall hat sich der Wettbewerb gelohnt. Nicht nur für die Preisträger, denen ich zu ihrer Auszeichnung herzlich gratuliere. Gewonnen hat vor allem die Natur vor unserer Haustür, die vielen in einem ganz neuen Licht erschienen ist.“ Hunderte Interessierte hatten an dem Naturschutz-Wettbewerb teilgenommen. Mark Ehlers hob hervor: „Wir danken allen Teilnehmern die sich für die Natur eingesetzt haben. Denn naturnahe Gewässer in unserer direkten Umwelt helfen nicht nur der Natur, sondern

tragen auch zu unserem Wohlbefinden bei. Natur ist ein Erlebnisraum für uns Menschen.“ Der Wettbewerb wurde im Rahmen des Leitprojektes der Metropolregion Hamburg „Das Blaue Metropolnetz“ durchgeführt. Im Rahmen des Projektes werden die Gewässer als Lebensadern, Verbindungskorridore und Erlebnisräume entwickelt.

Weitere ausgezeichnete Beiträge:

Kategorie der Vereine und Verbände:

- 1. Preis / Lebensraum für den Fischotter, Jugendfeuerwehr Rullstorf**
- 2. Preis / „Wiederansiedlung von Lachs und Meerforelle im oberen Wümmegebiet“
Arbeitsgemeinschaft der Angelvereine Lauenbrück, Fintel und Westervesede**
- 3. Preis / Otterbiotop Lunestedt, Lunekring**

Kategorie Schüler bis zur 4. Klasse

- 1. Preis / Kunst-Werkstatt Jastorf**
- 2. Preis / „Gewässergüte Untersuchungen – ökologische Gutachten“ Klasse Biologie
10 G1 Kooperative Gesamtschule Tarmstedt**
- 3. Preis / Vergleich eines Stillgewässers mit einem Fließgewässer: Ökosystem eines
Stillgewässers. Die Alte Jeetzel. Gymnasium Lüchow (12. Klasse, GK Biologie)**

Der mit insgesamt 18.000 Euro dotierte Wettbewerb wurde im Rahmen des Leitprojektes der Metropolregion Hamburg „Das Blaue Metropolnetz“ durchgeführt. Bei dem Projekt werden die Gewässer als Lebensadern für Mensch und Tier entwickelt. Sie sollen dem Fischotter, der neuerdings sogar in Hamburg eine neue Heimat gefunden hat, als Verbindungskorridor dienen. „Das Blaue Metropolnetz“ wird durch Metropolregion Hamburg über die Förderfonds, die Hanns R. Neumann Stiftung, die Umweltlotterie Bingo!, die Niedersächsische Umweltlotterie und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert.

Weitere Informationen finden sich im Internet unter www.otterzentrum.de. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an den Projektkoordinator Karsten Borggräfe unter Tel.: 05832-980812 oder per E-Mail: k.borggraefe@otterzentrum.de.

Für Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Pressestelle, Tel.: 040 / 428 40 -3063 od. -3249
Bjoern.Marzahn@bsu.hamburg.de

08. September 2009/fb08

Hamburger Bürgerbefragung 2009

Mitmachen nützt: Hamburgerinnen und Hamburger werden über ihre Zufriedenheit mit Ämtern und Behörden befragt – Ergebnisse als Basis für weitere Verbesserungen

Durch eine repräsentative Befragung bekommen Hamburger Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich zur Zufriedenheit mit den Angeboten und Leistungen der Hamburger Verwaltung zu äußern. Die Antworten sollen wichtige Hinweise und Anregungen für die Weiterentwicklung einer kundenfreundlichen Verwaltung geben.

Hamburg setzt bereits seit langem erfolgreich auf Kunden- und Serviceorientierung in der öffentlichen Verwaltung. Mit vielfältigen Angeboten soll den Bürgerinnen und Bürgern das Angebot möglichst kurzer Wege beim Umgang mit Ämtern und Behörden zur Verfügung gestellt werden. Beispielsweise stehen mit dem Telefonischen HamburgService und der Behördenhotline D115 bereits jetzt schon stark frequentierte Auskunftsstellen zur Verfügung. Mancher Behördengang kann so schon im Vorfeld abgekürzt oder sogar vermieden werden.

Der Vergleich mit den Ergebnissen ähnlicher Befragungen aus den Jahren 2000, 2003 und 2006 wird eine Standortbestimmung ermöglichen und zeigen, in welchen Bereichen die bisherigen Modernisierungsansätze in der Hamburger Verwaltung zu weiteren Verbesserungen geführt haben und wo die Dienstleistungen noch kundenfreundlicher und kundennäher gestaltet werden müssen.

Erfragt werden unter anderem die

- Zufriedenheit mit der telefonischen Beratung,
- Nutzung und Zufriedenheit mit dem Online-Service,
- Zufriedenheit mit der Wohnumgebung,
- Einschätzung der Präsenz von Ordnungskräften.

Seit dem Jahr 2000 werden im Abstand von drei Jahren regelmäßig Befragungen durchgeführt. Aus den Ergebnissen ließ sich bisher eine hohe Zufriedenheit der

Hamburgerinnen und Hamburger mit der Stadt und der Verwaltung ablesen – ebenso wie die Bereiche, in denen noch Qualitätssteigerungen notwendig sind. So hat sich z.B. im Bereich der Wartezeiten einiges getan – in einigen Kundenzentren kann sie sogar online aktuell abgefragt werden. Die Verbesserungen beim Bürgerservice haben sich in den letzten Jahren auch in einem Anstieg des Zufriedenheitswertes gezeigt. Mit der Eröffnung von Sozialen Dienstleistungszentren und den Zentren für Wirtschaft und Bauen erwartet der Senat weitere Verbesserungen.

Bezirksstaatsrat Dr. Manfred Jäger: „Man kann deutlich erkennen, dass Hamburg aus den Ergebnissen der Bürgerbefragungen lernt und die Hinweise zur Verbesserung unseres Service aufgreift. Ich appelliere an alle, die einen Fragenbogen erhalten: Sie sprechen für alle Hamburgerinnen und Hamburger. Nutzen Sie diese Chance und beteiligen Sie sich!“

Wichtig ist das Ergebnis der Befragung auch für die sieben Hamburger Bezirksämter: Denn für die nächsten drei Jahre sind Prämienzahlungen daran geknüpft. Diese Prämien sind Teil des „Förderfonds Bezirke“, die von den Bezirksämtern in konkreten Projekten und Vorhaben für die Einwohnerinnen und Einwohner ihres Bezirkes eingesetzt werden sollen.

Der Senat hat heute die notwendige Rechtsverordnung beschlossen und Anfang Oktober 2009 werden 20.000 Hamburgerinnen und Hamburger, deren Adressen aus dem Melderegister nach einem „Zufallsprinzip“ gezogen wurden, einen Fragebogen bekommen, der per Post oder Online beantwortet werden kann, um so stellvertretend für alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger ihre Einschätzung zu den Leistungen der Verwaltung abzugeben. Erste Befragungsergebnisse werden im Januar 2010 erwartet.

Durch den heutigen Senatsbeschluss wurde die rechtliche Grundlage für die Befragung geschaffen und insbesondere sichergestellt, dass den Anforderungen des Datenschutzes entsprochen wird und die Daten ausschließlich zu statistischen Zwecken ausgewertet werden.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 21. September bis 27. September 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 21.09.2009

- 10:00** Asien-Afrika-Instituts, Foyer, Edmund-Siemers-Allee 1, Flügel Ost, Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort auf der Eröffnungsveranstaltung zu „100 Jahre Sinologie in Hamburg“**.
- 10:00** Kongresshalle Lübeck, Willy-Brandt-Allee 10
Senatorin Anja Hajduk nimmt teil an einer **Podiumsdiskussion im Rahmen der VNW-Arbeitstagung**.

Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nimmt an der Tagung teil.
- 11:00** Gemeindesaal der Christuskirche Othmarschen, Roosenweg 28
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht bei der **Festveranstaltung anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Schule Hirtenweg ein Grußwort**.
- 14:00** Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20
Staatsrat Dr. Michael Voges spricht ein **Grußwort zur Auftaktveranstaltung der Aktionswoche: „Älter werden in Hamburg“**.
- 14:00** Kampnagel, Jarrestraße 20
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein **Grußwort anlässlich der Preisverleihung „MIXET UP“ der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung**.
- 15:30** Bürgermeistersaal, Rathaus
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein **Grußwort beim Senatsempfang für ehemalige Zwangsarbeiter**.
- 19:00** Altes Zollamt
Senatorin Anja Hajduk spricht ein **Grußwort anlässlich der Einstein-Award Verleihung im Rahmen der 24. Europäischen Photovoltaik Solar Energie Konferenz und Ausstellung**.
- 20:00** Kampnagel, Jarrestr. 20
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet die **Festwoche des Jahres der Künste**.

Dienstag, den 22.09.2009

- 09:00** Hotel Radisson SAS, Marseiller Str. 2, 20355 Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich der Eröffnung des „35. European Rotorcraft Forum 2009“**.

- 11:30** Handelskammer Hamburg
Bürgermeister Ole von Beust besucht die **15. Hanseatische Lehrstellenbörse.**
- 12:30** Handelskammer, Adolphsplatz 1
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besucht die **15. Hanseatische Lehrstellenbörse** und macht einen **Rundgang bei den Informationsständen der Hamburger Gesundheits- und Krankenpflegeschulen.**
- 14:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt die **Generalkonsulin der Hellenischen Republik Griechenland, Ekaterini DIMAKIS, zum Antrittsbesuch.**
- 15:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Generalkonsul der Republik Türkei, Devrim ÖZTÜRK, zum Antrittsbesuch.**
- 16:30** Besenbinderhof 60
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **DGB-Delegiertenkonferenz.**
- 20:00** Laeiszhalle, Johannes-Brahms-Platz 1
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht das **erste Elbphilharmoniekonzert de Göteborgs Symfonikern und Gustavo Dudamel mit anschließendem Empfang.**

Mittwoch, den 23.09.2009

- 10:00** Brandshofer Deich 2
Senatorin Anja Hajduk eröffnet ein neues **Schulungszentrum für die Deichverteidigung.**
- 10:40** Freylinghausensaal der Franckeschen Stiftungen zu Halle, Franckeplatz 1., Halle
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält eine Rede zum **3. Kulturforum „BildungsVermögen – Perspektiven kultureller Bildung“.**
- 12:00** Hotel Steigenberger, Hamburg
Senator Christoph Ahlhaus begrüßt die **Delegierten der Fachtagung des Bundes der Kriminalbeamten.**
- 14:30** Bürgermeistersaal, Rathaus
Bürgermeisterin Christa Goetsch empfängt die **Vize Bürgermeisterin der Stadt Johannesburg, Nkele Ntingane, mit einer Gruppe Schülerinnen und Schülern.**
- 19:00** Gesamtschule Bergedorf, Ladenbeker Weg 13
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt **gemeinsam mit den Eltern der Gesamtschule Bergedorf teil an einer Informationsveranstaltung zum Umbau der Schule.**

- 20:00** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 4-6
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein **Grußwort anlässlich der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention sowie der Deutschen Gesellschaft für medizinische Soziologie.**
- 21:00** Fabrik, Barnerstraße 6
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein **Grußwort anlässlich des Jubiläumskonzerts „10 Jahre Hamburg School of Music“.**
- Donnerstag, den 24.09.2009**
- 09:00** Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1
Staatsrat Bernd Reinert hält ein **Grußwort anlässlich der Eröffnung des „First International Symposium on Structural Systems Biology“.**
- 09:00** Jahnkampfbahn, Linnering 3, 22299 Hamburg
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht das **Grußwort zur Eröffnung des 1. Offenen Leichtathletikfestes Hamburg.**
- 09:00** Landesfeuerweherschule, Bredowstraße, Hamburg
Staatsrat Dr. Stefan Schulz spricht ein **Grußwort anlässlich des 5. internationalen Feuerwehrekongresses „INTERCON“.**
- 09:30** Steigenberger Hotel, Heiligengeistbrücke 4
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein **Grußwort im Rahmen des Media Convergence Summit zum Thema „Kreativität im digitalen Zeitalter“.**
- 10:30** Immanuel-Kant-Gymnasium, Am Pavillon 15
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt an der **Einweihung des Aulaneubaus des Immanuel-Kant-Gymnasiums teil und spricht ein Grußwort.**
- 10:30** Hochschule der Polizei, Zum Roten Berge 18, 48165 Münster-Hiltrup
Senator Christoph Ahlhaus hält eine Rede vor den **diesjährigen Absolventen der Polizeihochschule.**
- 11:30** Olympiastützpunkt Hamburg/Schleswig-Holstein, Nordschleswiger Str. 56
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet das **Sportinternat Hamburg zur Förderung junger Leistungssportler.**
- 13:00** Schmidt-Theater, Spielbudenplatz 24-28
Staatsrat Dr. Nikolas Hill eröffnet mit einem **Grußwort den „Reeperbahn Campus“.**
- 13:30** Strafjustizgebäude, Plenarsaal, Drehbahn
Senator Dr. Till Steffen spricht ein **Grußwort anlässlich der Fachtagung „Für Professionalität und Opferkultur“ der Zeugenbetreuungsstelle des Landgerichts Hamburg**
- 16:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Honorarkonsul der Republik Niger, Dr. Joachim KRUMHOFF, zum Abschiedsbesuch.**

- 16:15** Rathaus, Phönixsaal
Senatorin Anja Hajduk begrüßt eine **Delegation aus Indien, die sich über nachhaltige städtische Infrastrukturentwicklungen informiert.**
- 17:00** RWE DEA, Überseering 40, 22297 Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach hält ein **Referat auf der Sitzung des „Landeskuratorium Hamburg/Schleswig-Holstein“ im Stifternverband für die Deutsche Wissenschaft.**
- 17:00** Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin
Staatsrätin v. Paczensky nimmt am **24. und 25.09.2009 am Staatssekretärstreffen in Berlin.**
- 19:30** CINEMAX Dammtor
Bürgermeisterin Christa Goetsch eröffnet das **17. Filmfest Hamburg** und schaut sich die **Deutschlandpremiere des Films „Soul Kitchen“ von Fatih Akin** an.
- Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil.

Freitag, den 25.09.2009

- 09:00** Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung
Bürgermeisterin Christa Goetsch eröffnet die **Tagung „Fremdsprachenunterricht“ mit einem Grußwort.**
- 11:00** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort auf der Akademischen Feier der Bucerius Law School anlässlich des Studienjahrgangs 2009.**
- 11:00** Parkhotel Berghölzchen, Am Berghölzchen, Hildesheim
Senator Dr. Till Steffen hält eine **Festrede anlässlich der Diplomierung und Verabschiedung des Studienjahrgangs 2006 der Norddeutschen Fachhochschule für Rechtspflege.**
- 11:30** Rathauspassage
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein **Grußwort aus Anlass der Verabschiedung von Dr. Ulrich Dreßler**, dem langjährigen Geschäftsführer der Rathauspassage.
- 12:00** Schule Alsterredder, Alsterredder 28
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt anlässlich des **Aktionstags „Zur Fuß zur Schule“** teil an der **Siegerehrung des Wettbewerbs "Welche Schule hat am 24.9. die meisten Fußgänger?"**.
- 15:00** Seewartenstraße 10, Haus 1
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein **Grußwort zum 40 jährigen Bestehen der Beratungseinrichtung „Pro Familia“.**
- 16:00** Zeise Kino
Senatorin Anja Hajduk eröffnet das **Michel Kinder- und JugendFilmfest.**

16:30 TUHH, Schwarzenbergstr. 95, Gebäude H, Karl Ditze Saal
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil an der **Graduierungszeremonie 2009 MBA Class 05, veranstaltet von der Kühne School of Logistics and Management Technische Universität Hamburg-Harburg.**

Samstag, den 26.09.2009

10:45 Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann hält ein **Grußwort zur Veranstaltung des Urban Land Institute (ULI) Europe**, zu der ihr Vorsitzender, Dr. Alexander Otto, einlädt. Es sind zwei Reden (Prof. Thomas Straubhaar, Prof. Hans Kleinsteuber) mit anschließender Diskussion zum Thema „Where is Germany heading?“ vorgesehen.

12:00 Kampnagel, Jarrestraße 20
Bürgermeisterin Christa Goetsch eröffnet die **Finissage zum Abschluss der Festivalwoche des Jahr der Künste mit einem Grußwort.**

19:00 Literaturhaus Hamburg, Schwanenwik 38
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil an der **Jubiläumsfeier zum 20-jährigen Bestehen des Literaturhauses Hamburg.**

Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil.

Sonntag, den 27.09.2009

13:00 Kunsthalle, Glockengießerwall 1
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet das begehbare und interaktive **Projekt „Das Hamburger Kinderzimmer“ von Oafur Eliasson im Erdgeschoss der Galerie der Gegenwart.**

16:00 Regattazentrum Allermöhe, Dove Elbe
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck ehrt die **Siegerinnen und Sieger der Norddeutschen Meisterschaften der Disziplin Rudern im Achter.**

17:00 Kampnagel, Jarrestr. 20, Halle K 6
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein **Grußwort anlässlich des 3. Deutschen Kinderliedkongresses.**